

Europäische Fachkonferenz 2006 Ergebnisse der Arbeitsgruppe I: Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort

Praxisbeispiele:

Giuseppe Porcaro, Advisory Council on Youth, Europarat
Chantal Risser, Stadt Mulhouse, Frankreich
Joachim Barloschky, Stadt Bremen, Deutschland
Mary Hanlon, John Hanley, Stadt Dublin, Irland
Elfa Spitzenberger, Gertraud Sobotka, Stadt Linz, Österreich

Kommentare:

Maren Sierks, Stadt Berlin, Deutschland
Anikó Molitorisz, Stadt Budapest, Ungarn

Moderator:

Alexander Bartling, Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates

Berichterstattung:

Antje Klemm, Regiestelle E&C

Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort

In der Präambel der *European Charta on the Participation of Young People on Local and Regional Life* sind fünf Schlüsselemente für die Partizipation junger Menschen festgehalten: das Recht, die Mittel, der Raum, die Gelegenheiten und wo notwendig, die Unterstützung. Diese Begriffe bilden auch den Rahmen für die Ergebnisse, die in diesem Panel zusammengekommen sind.

Grundsätzlich gilt: Es gibt keinen Königsweg, der für alle gleich ist. Aber wichtig ist, überhaupt loszugehen und neue Wege zu beschreiten. Das haben unsere Beispiele demonstriert. Darüber hinaus wurde auch deutlich, dass eine Vielfalt an Bedingungen vor Ort auch eine Vielfalt an Instrumenten erfordert.

Um dem Anspruch gerecht zu werden, insbesondere auch benachteiligte junge Menschen aktiv einzubinden – und zwar zu ihren Bedingungen, ist zunächst einmal nicht mehr und nicht weniger notwendig als ein Paradigmenwechsel: Partizipation und Beteiligung konsequent zu leben und zwar nicht als Mittel zum Zweck, sondern als einen Wert an sich.

Was sind wesentliche Standards, Methoden oder Erfahrungen bei der Beteiligung junger Menschen, die in Panel I formuliert wurden?

Partizipation muss an der konkreten Lebenswelt der jungen Menschen ansetzen. Ihre Interessen und Bedürfnisse und vor allen Dingen ihr Potential und ihre Ressourcen sind als Ausgangspunkt zu nehmen, um Angebote zu entwickeln – Angebote, die die Kinder und Jugendlichen wirklich ernst

nehmen. Wir haben viele gute Beispiele kennen gelernt, in denen Kinder und Jugendliche z.B. aktiv eingebunden waren in die Gestaltung ihres Wohnviertels und sich so auch für alle sichtbar ihre Räume erobern.

Gerade mit Blick auf Benachteiligte ist die langfristige Begleitung wichtig, denn die Fähigkeit zur aktiven Beteiligung kann sich nur über einen Prozess des Lernens ausbilden und insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche müssen kontinuierlich dabei unterstützt werden.

Das bedeutet, dass die Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen und die dafür notwendigen Strukturen und Ressourcen verlässlich sein müssen. Um auch das notwendige Vertrauen zu schaffen, ist es außerdem von enormer Bedeutung, die Aushandlungsprozesse, die Beteiligungsprojekte oft auszeichnen, transparent zu gestalten und deutlich zu machen, warum die eine oder andere Idee möglicherweise doch nicht oder nicht sofort realisiert werden kann.

Ein Schwerpunkt der Diskussion in diesem Zusammenhang war die Frage danach, wie man die Kinder und Jugendlichen „bei der Stange halten kann“, wenn sich jene Aushandlungsprozesse als zäh und langwierig erweisen. Eine alle Beteiligten zufrieden stellende Antwort war hier nicht in Sicht.

Darüber hinaus wurde diskutiert, ob Modelle repräsentativer Demokratie wie Kinder- und Jugendräte der richtige Weg sind, um benachteiligte junge Menschen einzubinden. Dass es Modelle gibt, wie z.B. in Mulhouse, die diesem Anspruch versuchen gerecht zu werden, zeigt, dass dies machbar ist. Dennoch wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern betont, dass auch spontane Aktionen und Interessensbekundungen von Kindern und Jugendlichen ernst genommen werden müssen und dass sich mit ihnen auseinander zu setzen ist. Dass daneben aber auch weiterhin Bemühungen zur Einbindung in die formalen Systeme statt finden müssen, zeigen Ansätze wie das Co-Management-System, dem sich der Europarat schon länger verpflichtet hat.

Ganz wichtig scheint es, das oft negative Image der Kinder und Jugendlichen, die in benachteiligten Stadtteilen leben, zu verbessern (und nicht nur den Stadtteil zu verschönern oder in Stand zu setzen). Das bedeutet, dass sie Anerkennung und Wertschätzung in der Gemeinschaft erfahren müssen. Denn die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und das Selbstvertrauen der Kinder und Jugendlichen in die eigenen Fähigkeiten sind die Voraussetzung für eine aktive Bürgerschaft. Dies so früh wie möglich zu fördern – und auch in den formalen Bildungssystemen – wurde als eine große Herausforderung formuliert. So kann die Schule – auch das haben Beispiele deutlich gemacht – einen wertvollen Beitrag leisten, um Zugang zu möglichst allen Kindern und Jugendlichen zu bekommen.

Um den Zugang ging es auch bei der Diskussion um die möglichst frühe Förderung und Begleitung von jungen Menschen. Dabei wurde die Rolle von Kindertagesstätten betont, über die auch die Eltern erreicht werden können. Denn auch die Einbindung der Familien wurde als eine grundlegende

Erfolgsbedingung genannt, um gerade auch benachteiligte Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, sich aktiv einzumischen, wenn es um ihre Belange geht.

Ein wesentlicher Handlungsbedarf, der von mehreren Seiten formuliert wurde, liegt in der Ausstattung der professionellen Fachkräfte wie Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen oder Quartiersmanagements mit den notwendigen Kompetenzen und Instrumenten, die sie befähigen, in ihrer Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen Standards wie Ressourcenorientierung und Empowerment umzusetzen. Angesichts der heutigen Realitäten in vielen europäischen Städten ist hier vor allem auch eine interkulturelle Ausrichtung der Arbeit unabdingbar.

Ganz wichtig für die gelingende Einbindung der Kinder und Jugendlichen in die Gestaltung ihrer Lebenswelten sind – das haben alle Praxisbeispiele gezeigt – verlässliche und belastbare Kooperationen und Partnerschaften auf lokaler Ebene, die die wichtigsten Akteure einbinden: die Bewohnerinnen und Bewohner, die Verwaltung, Politik, soziale Einrichtungen, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppen, lokale Unternehmen und Wohnungsbaugesellschaften. Die Darstellung aus Bremen hat verdeutlicht, dass dies auch funktionieren kann, wenn es konsequent umgesetzt wird und wenn Stadtteilgruppen z.B. auch mit eigenen Budgets ausgestattet sind und dadurch eigenverantwortlich über Erneuerungsprojekte im Stadtteil entscheiden können. Dies sind selbstverständlich auch Prozesse, die ausgehalten und moderiert werden müssen.

Eine weitere Forderung war – und hier ist der Bezug zu Panel V hergestellt – die Aktivitäten von Forschung in den Bereichen Partizipation, Empowerment, Demokratieerziehung zu verstärken und die Vernetzung mit den Akteuren aus der Praxis vor Ort voranzubringen. Dies soll den Weg dafür ebnen, dass neue Strategien ausprobiert und entsprechend begleitet werden.

Ganz wichtig sind, das wurde mehrmals betont, ein langer Atem für langwierige Veränderungsprozesse und das nötige Kleingeld. Und vor allem, und das ist die Voraussetzung für die finanzielle Absicherung, die notwendige Unterstützung durch die kommunalpolitisch Verantwortlichen. Schließlich erbringen die belasteten Quartiere ungleich größere Integrationsleistungen als andere Stadtteile. Dabei sollten auch die Leistungen, die Nichtregierungsorganisationen in den Kommunen leisten, viel stärker als bisher anerkannt werden.

Was die Mittel für Modelle guter Praxis betrifft, so haben die Beispiele gezeigt, wie ein Mehrwert entstehen kann durch die Kombination unterschiedlicher Ressourcen wie europäische, nationale, kommunale, private Mittel und bürgerschaftliches Engagement.

Die Sammlung an guten Erfahrungen in europäischen Kommunen ist, so die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unbedingt fortsetzen. Dabei sollten jedoch auch die Bedürfnisse junger Menschen in ländlichen Regionen nicht vergessen werden.

Europäische Fachkonferenz 2006

Ergebnisse der Arbeitsgruppe II: Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft

Praxisbeispiele:

Dr. Konrad Hummel, Stadt Augsburg, Deutschland

Britta Ström, Stadt Malmö, Schweden

Dr. Maria Joaquina Marques Serrão, Leiria, Portugal

Janice Hoiles, Nigel Jenner, Sue Feighery, Kalishia Le Coutre, Brighton, Großbritannien

Kommentare:

Ursula Schenk, Stadt Mannheim, Deutschland

Hermann Dorenburg, Stadt Offenbach, Deutschland

Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig, Deutschland

Nika Tavnikova, Stadt St. Petersburg, Russland

Moderation:

Hartmut Brocke, Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“, Berlin

Berichterstattung:

Rainer Schwarz, Regiestelle E&C

Die Stadt Augsburg aus Deutschland präsentierte ihr Vorhaben, die sozialräumliche Steuerung aus den Erfahrungen des benachteiligten Stadtteil heraus zum Steuerungsprinzip der kommunalen Administration zu entwickeln.

Am Beispiel Malmö in Schweden wurde die Umsetzung des schwedischen Metropolitan policy vorgestellt und hierbei geschildert, vor welchen Herausforderungen die kommunalen Institutionen im Spannungsfeld zwischen Prosperität und zunehmender Exclusion Jugendlicher stehen.

Aus Leiria in Portugal wurde berichtet, wie Stadtentwicklungsprozesse („Living Better“) zur Gestaltung spezifischer Programme in der Stadt führten und diese sich wiederum auf die Entwicklung auswirkten.

Brighton in Großbritannien stellte sich mit dem Projekt „eb4U – east brighton’s communities working together“ vor. Vier Akteure des Programms stellten ihre jeweilige Perspektive und Rolle im gemeinsamen Vorgehen dar. Das ermöglichte uns, insbesondere durch die Teilnahme einer jugendlichen Beraterin besonders authentische Einblicke.

Die Diskussion im Panel 2 reichte von der Kohärenz kommunaler Politik über Diskriminierung, die durch Wohlstandsdiskrepanz entsteht, tradierte Geschlechterrollen und Migrationshintergrund, über Partizipation, die bedeutet, mehr mit als *über* jugendliche Bewohner/innen zu sprechen, bis hin zum Ethos sozialräumlicher Programmatik, bestehend in Respekt gegenüber den Bewohner/innen, den gesellschaftlichen Gruppen und Ethnien, dem aufmerksamen Hinhören und Hinschauen und der Authentizität der Programme und Akteure.

Strittig geblieben sind dabei u.a. die Weite und Tiefe des Paradigmas Sozialraum und die Notwendigkeit unmittelbaren Einholens der Perspektive von Kindern und Jugendlichen.

Folgende Thesen und Aussagen – so das gemeinsame erzielte Ergebnis des Panels – sind von besonderer Bedeutung für die Gestaltung von Good Governance und integrierten Ansätze in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf:

- Das Agieren in integrierten Handlungskonzepten ist in europäischen Städten wichtigster Bestandteil zur partizipativen Entwicklung von Stadtteilen und Quartieren, in denen sich soziale und strukturelle Probleme konzentrieren. Die hier gewonnenen Erfahrungen kommunaler Politik und kommunaler Steuerung können Grundlage für eine moderne Entwicklung der Städte insgesamt sein. Eine solche gesamtstädtische Neuorientierung ist auch die Grundlage für eine gerechtere, wenn auch ungleiche Verteilung von kommunalem Engagement, also die Grundlage für einen gerechtigkeitsorientierten „Stadteillastenausgleich“. In diesem Sinne gilt auch hier: „all equal, all different“.
- Die Entwicklung von „Good Governance“ im Stadtteil verläuft im Spannungsfeld zwischen sektoral ausgerichteten nationalen und europäischen Politiken und holistischer, integrierter Stadtentwicklung. Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns verändert: Die großen gesellschaftlichen Institutionen gewährleisten soziales Lernen nicht mehr, den Kommunen steht weniger Geld zur Verfügung und sie sind gekennzeichnet durch eine rasant zunehmende Vielfalt von Menschen und Kulturen in den Städten. Geblieben ist die Aufgabe, soziale Integration zu ermöglichen und Kohärenz herzustellen.
- Der Ausgestaltung und Stärkung der Bürgergesellschaft kommt in den benachteiligten Stadtteilen besondere Bedeutung zu.
- Im Dreiecksverhältnis von Politik, Zivilgesellschaft und Staat (Verwaltung) gilt es das bürgerschaftliche Engagement aller Seiten zu stärken, um so Langfristigkeit, Transparenz und Legitimität für eine soziale Entwicklung in den Städten zu sichern.
- Nachhaltigkeit entsteht, wenn Experimentierraum und -zeit zur Verfügung steht, um wirkungsorientiert (evidenzbasiert) Projekte zu entwickeln und langfristig kommunal zu verankern oder zu beenden.
- Integratives Vorgehen ist mehr als ein additiver Prozess der stadtteilbezogenen Ausrichtung sektoralen Planens und Handelns. Hierzu gehören Strategien des Festlegens gemeinsamer Entwicklungsziele für den Stadtteil und des Gewinnens der hierfür vorhandenen Ressourcen.
- Es geht um ein grundsätzlich Prozessverständnis von Veränderung: Maß für den Erfolg ist nicht das elitär visionierte Ergebnis, sondern die tragfähige, andauernde und auf permanentes Justieren ausgerichtete Prozessgestaltung.
- Neues kommunales Management in benachteiligten Stadtteilen kann nicht nur ein permanentes 'mehr desselben' bedeuten, sondern muss gerichtet sein auf

ganzheitliche Lösungen, das Gestalten von Netzwerken und Steuern durch Aushandeln.

- Problemlösestrategien sozialräumlich definieren, dies bedeutet nicht nur sich auf ein Territorium beziehen, sondern auch auf die sozialen Beziehungen und Strukturen in ihm.
- „Sonderzuweisungen“ der kommunalen, regionalen, staatlichen oder europäischen Ebene sollten diese Prozesse initiieren und temporär gestalten, so dass Raum zum Experimentieren und Einführen des neuen Vorgehens entsteht.
- Gestaltet werden müssen hierbei sowohl Top down als auch Bottom up Prozesse: *Top down* gilt es strategisch Zielvorgabe zu formulieren, Erfolgskontrolle (Controlling) zu ermöglichen und Strukturen bereitzustellen, die Handlungsfreiräume schaffen: Verantwortung, Entscheidungen, Personen, Finanzen werden auf die Ebene der Stadtteile verbracht. *Bottom up* gilt es die Prozesse in den Stadtteilorganisation und kommunalen Institutionen im Handlungsleitbild Sozialraum partizipativ zu gestalten.
- Diese Prozessgestaltung bedeutet: insbesondere den jugendlichen Bürger/innen, den gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen im benachteiligten Stadtteil, Wege zu ermöglichen, eigene Problemlösungen zu finden und umfasst das Herstellen von Dialogfähigkeit im Sinne des Miteinander-Sprechens und respektvollen Zuhörens.
- Stadtteilorientierter Steuerung bedeutet: „machtvolle“ Entscheidungen in den Stadtteil und in bürgerorientierte Entscheidungsformen zu geben.
- Die nachhaltige Entwicklung von Bildungs-, Berufs-, Gesundheits-, und Integrationschancen bedarf einer deutlichen Verschiebung der Investitionen von intervenierenden Systemen hin zu präventivem Agieren. Zugleich gilt es, die Prävention – das Gestalten von Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen – auf die Basis breiter gesellschaftlicher Bündnisse zu stellen.
- Good Governance braucht die präzise Benennung von Handlungsbedarfen: Kinder, Jugendliche und Familien sollten Priorität haben für die Entwicklung des Stadtteils, somit im Verständnis einer Investition einer ökonomischen Zukunftgröße ins Zentrum kommunaler Politik rücken.
- Jugendpolitik in diesem Sinne ist Querschnittspolitik und sollte sich in allen Feldern kommunalen Handelns wieder finden – Jugend als „Mainstream“ sozialer Stadt(teil)entwicklung.
- Kommunale Steuerung, die dem Sozialraumparadigma folgt, bedarf neuer Formen der Finanzierung, wie Stiftungen und Fonds mit Delegation der Entscheidung hierüber an die (jugendlichen) Bewohner/innen aber auch ressortübergreifende Quellen und Einsatz kommunaler Mittel (sozialraumorientierter kommunaler Haushalt).

Was bedeutet dies für europäische Programme in der Zukunft?

Diese Programme sollten:

1. die Kommunen direkt erreichen, mehr Eigenverantwortung zulassen und auf die Ressourcen, die Energien der Bewohner/innen, zivilgesellschaftlichen Akteure und Institutionen im benachteiligten Stadtteil vertrauen und somit Authentizität und holistische Prozessgestaltung ermöglichen,
2. den Sozialraum als Paradigma politischer Steuerung voraussetzen,
3. Fehlschläge zulassen,
4. auf der kommunaler Ebene mit Budgets arbeiten,
5. eine Botschaft mit einem ganzheitlichen Blick auf die benachteiligten Stadtteile vermitteln.

Das Ergebnis dieser Diskussion im Panel fasste ein Teilnehmer in dem Satz zusammen: „Damit die Programme die Kommunen erreichen, müssen sie Prozesse der Beteiligung initiieren und moderieren, Problemlösungen ressortübergreifend und partizipativ organisieren und eine Kultur der Authentizität und des interkulturellen Vorlebens fördern.“

Europäische Fachkonferenz 2006
Ergebnisse der Arbeitsgruppe III: Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen

Praxisbeispiele:

Paul Kmen, Iasi, Rumänien
Anne Wehkamp Solingen, Deutschland
Panagiota Ligdopoulou, Stadt Athen, Griechenland
Dr. Martina Schmied, Stadt Wien, Österreich
Hibat Tabib, AFPAD, Stadt Pierrefitte-sur-Seine, Frankreich

Kommentare:

Christian Meineke, Stadt Marburg, Deutschland
Miriam Traversi, Stadt Bologna, Italien

Moderation:

Peter Lauritzen

Berichterstattung:

Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C

Zusammenfassung der Empfehlungen und Kommentare zu den Praxisbeispielen und Diskussionsbeiträgen:

Integration von Zugewanderten, Menschen mit Migrationshintergrund bzw. ethnisch-kulturellen Minderheiten ist eine wichtige kommunale Zukunftsaufgabe, die zentral ist für den sozialen Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften.

Diese These der ersten Europäischen Fachkonferenz 2004 in Berlin wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Panels III ausdrücklich bestätigt.

Die Beispiele und Beiträge des Panels haben verdeutlicht, dass der Diskussionsprozess dazu in den Kommunen geführt wird. Der mit der Europäischen Fachkonferenz 2006 weiter geführte „Berlin-Prozess“ ist ein wichtiger Ansatz, um die Diskussion auf kommunaler Ebene mit der nationalen und europäischen Ebene zu verknüpfen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Panel III haben unterstrichen, dass die europäischen Kommunen die Verantwortung, die sie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund haben, annehmen müssen und dass die Kommunen diese Verantwortung auch aktiv ausfüllen müssen.

Die europäischen Kommunen haben die Aufgabe, den Gestaltungsprozess zu moderieren und zusammen mit Nichtregierungsorganisationen, mit Migrantenselbstorganisationen und den Bewohnerinnen und Bewohnern die Zivilgesellschaft weiter zu entwickeln. Diese Aufgabe kann nicht an Dritte delegiert oder „verkauft“ werden.

Im Landkreis **Iasi** geschieht dies durch eine beispielhafte Einbindung internationaler Organisationen, mit denen Koalitionen gebildet werden, um die Chance der Integration für Sinti und Roma in Bildungsinstitutionen und auf dem Arbeitsmarkt unter problematischen makro-ökonomischen Bedingungen zu erhöhen.

Der Beitrag aus **Athen** hat gezeigt wie Nichtregierungsorganisationen ohne Unterstützung der Kommune und teilweise sogar mit erheblichem Widerstand die wichtige kommunale Aufgabe der Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen aus ethnischen Minderheiten übernehmen. Dies kann kein Beispiel sein, zeigt aber, dass soziale Initiativen und Projekte unter schwierigsten Bedingungen entstehen und Wichtiges leisten.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz wachsen, wenn die Unsicherheit in einer Gesellschaft wächst. Ein vorbeugender Ansatz der Integration muss auf alle benachteiligten Kinder und Jugendlichen zielen: dazu gehört ein gesicherter Aufenthaltstatus, Sprachförderung, ein qualifizierter Schulabschluss, eine Perspektive in Arbeit und die Möglichkeit von jungen Menschen, ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen.

Zentral ist eine Beschäftigungsperspektive für alle Jugendlichen. Eine realistische Chance auf einen Arbeitsplatz für junge Menschen wird über die Qualifikation aber auch über das Vorhandensein von Netzwerken entschieden.

Die kommunale Integrationspolitik der Stadt **Solingen** baut hier in einem Schwerpunkt eine spezielle Angebotsstruktur für Migrantinnen und Migranten auf: Hier werden Spracherwerb und Beschäftigungsangebote kombiniert mit sozialräumlicher Zielgruppenarbeit, Coaching und Begleitung von Schülerinnen und Schülern, der Zertifizierung von Teilqualifikationen und einer strategischen Steuerung von Netzwerken im Bereich „Schule-Beruf-Weiterbildung“ unter Beteiligung von Migrantenorganisationen.

Auf der Berliner Konferenz 2004 stand an erster Stelle, wie die Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund und Zuwanderern positiv aufgegriffen und ihre mitgebrachten Fähigkeiten genutzt werden können. Die gestrige Arbeitssitzung hat stärker die gesamtkommunale Ebene, die Ebene der Systeme und Institutionen betont.

Eine große Rolle im Panel III spielte auch das Thema der „Governance“: Angesprochen wurde dabei die Frage, wie und woraus sich die Gemeinschaft der Bewohner in einer Kommune bildet.

Dabei hat das Beispiel aus **Pierrefitte-sur-Seine** gezeigt, dass die Verantwortung für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und ethnischen Minderheiten auch bei jedem Bewohner, jeder Bewohnerin eines Stadtteils liegt und sozusagen an die Bürgerinnen und Bürger „zurückgegeben“ werden muss.

Begeistert hat das Beispiel **Wien**, wo die neu gegründete Magistratsabteilung für Integration und Diversitätsangelegenheiten eine Brücken- und Querschnittsfunktion für andere Ämter übernimmt. In verschiedenen Stadtteilen sind zusätzlich Regionalstellen eingerichtet worden, die im Bereich der Integration aktiv sind und es gibt Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund auf allen Hierarchieebenen der Verwaltung – so sind 14 Herkunftsländer und 23 Sprachen vertreten.

Dies ist ein Vorbild dafür, wie kulturelle Vielfalt und Unterschiedlichkeit in den Alltag eingebracht werden kann – auch eine Frage, die das Panel III aufgeworfen hat: Wie bekommen die europäischen Kommunen es hin, die Toleranz, die – so der Befund – in den Problemgebieten mit aller Widersprüchlichkeit alltäglich gelebt wird, in die Gesamtgesellschaft zu tragen?

Vielleicht, so wurde diskutiert, müssen in Zukunft noch viel konkretere Strategien miteinander ausgetauscht werden, um gute Beispiele in die „Breite“ der Gesellschaft zu tragen.

Der Erfahrungsaustausch in Panel III hat deutlich gemacht, dass einige Diskussionen die vor drei Jahre in dem einen Land geführt worden sind, heute in einem anderen Land erst beginnen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Panels haben unterstrichen, wie wichtig es ist, die europäische Öffentlichkeit zu erreichen und zu nutzen und den kommunalen Austausch auch auf europäischer Ebene fortzuführen. Der transkommunale Praxisaustausch im Rahmen des Berlin-Prozess hat auf lokaler Ebene viel bewirkt und den Beteiligten seit dem Jahr 2004 viele Anregungen gegeben. Der Berlin-Prozess sollte weiter geführt werden.

Die Botschaften der Europäischen Fachkonferenz 2006 sollen dazu beitragen

- Diskriminierung zu bekämpfen und Toleranz gegenüber jeglicher Art von „Anderssein“ zu stärken,
 - interkulturelle Kompetenzen zu erweitern
 - Berufsangebote für benachteiligte Jugendliche zu verbessern
- und
- die Bürgermeister der europäischen Städte zu motivieren, das Thema des sozialen Zusammenhalts vor dem Hintergrund einer zunehmend heterogenen Zusammensetzung der Bevölkerung auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Europäische Fachkonferenz 2006

Ergebnisse der Arbeitsgruppe IV: Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen

Praxisbeispiele:

José Alfaro, Eva Martín Pérez, Telesfora Ruiz, Stadt Granada, Spanien
Sandra Subota, Stadt Riga, Lettland
Chester Morrison, Stadt Liverpool, Großbritannien
Katrin Lundmark, Stadt Skellefteå, Schweden

Kommentare:

Heidrun Nedoma, Stadt Stralsund, Deutschland
Bernd Kammerer, Stadt Nürnberg, Deutschland
Annette Berg, Stadt Monheim am Rhein, Deutschland
Merete Papapetros, Frank Stoerup, Stadt Kopenhagen, Dänemark
Prof. Dr. Nazmi Oruç, Stadt Eskisehir, Türkei

Moderation:

Peter Kupferschmid, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berichterstattung:

Judith Schwarzbürger, **Regiestelle E&C**

In dem Panel gab es vier Präsentationen, von denen sich drei auf kommunale Strategien (Granada, Riga und Liverpool) bezogen. Die vierte Präsentation bezog sich auf ein Projekt und die Sicht einer NGO (Skellefteå, Schweden). Anhand der Präsentationen sowie der Kommentare und der Diskussionen wurde zunächst deutlich, dass der Begriff der non-formalen Bildung in den einzelnen europäischen Ländern sehr unterschiedlich definiert wird.

Einigkeit bestand darüber, dass non-formale Bildung besonders wichtig für benachteiligte Jugendliche ist. Denn für sie ist nicht nur der Zugang zu den formalen Bildungssystemen erschwert, sie haben auch oft schon Erfahrungen des Scheiterns in diesen Systemen gemacht. Non-formale Bildung setzt zum einen bei den Fähigkeiten und Kompetenzen der jungen Menschen an und trägt zum anderen zum Erwerb sozialer, „demokratischer“ und darauf aufbauend auch beruflicher Kompetenzen bei.

Es geht dabei nicht vorrangig um Qualifizierung, sondern um die Aktivierung von benachteiligten Jugendlichen, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und die Stärkung ihres Selbstbewusstseins.

Non-formale Bildung soll sie befähigen, sich für sich selbst einzusetzen. Dies ist besonders wichtig für Jugendliche, die in sozialen Brennpunkten leben. Wenn Jugendliche in diesem Sinne durch non-formelle Bildungsaspekte unterstützt werden, wird ihnen auch das formale Lernen erleichtert. Dabei ist ein abgestuftes System von Qualifikationen notwendig. Dadurch wird das Erlernte für die Jugendlichen schrittweise sichtbar.

Die Beteiligung von Jugendlichen, z. B. auch an politischen Entscheidungen, ist eine wichtige Form der non-formalen Bildung. Dies wurde besonders eindrucksvoll am Beispiel von Liverpool deutlich. Hier beraten sog. Jugendberatergruppen die politischen Entscheidungsträger und nehmen so Einfluss auf die Politik der Stadt.

Jugendliche werden zudem so ausgebildet und angeleitet, dass sie selbst andere Kinder und Jugendliche über die Angebote der Stadt informieren und ihnen bei der Inanspruchnahme dieser Angebote helfen können. Auf diese Weise erleben Jugendliche am Beispiel Anderer, dass Benachteiligungen überwunden werden können.

Beteiligung hat dabei nicht nur einen motivierenden Effekt, sondern die Angebote und Programme können dadurch ganz eng an den Bedürfnissen, Wünschen und Zielen der Jugendlichen ausgerichtet werden.

Die Teilnehmer/innen waren sich auch darüber einig, dass eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Institutionen, NGOs und anderen Akteuren erforderlich ist, um die Chancen für Jugendliche zu verbessern.

Hierbei geht es um:

- die Integration formaler und non-formaler Bildung
- eine Kombination von Methoden der außerschulischen Jugendarbeit mit denen im System Schule
- eine Kombination von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit der Schule und Freizeitaktivitäten
- die Kooperation zwischen den Systemen Schule, Jugendhilfe und Ausbildung
- die Förderung junger Menschen stärker als bisher in einem Netzwerkprozess
- Stadtteilorientierung, so dass die Angebote stärker an der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet werden können
- die Beteiligung und Einbindung der Eltern in den – formalen, aber auch non-formalen – Bildungsprozess ihrer Kinder.

Weitere Erfolgsvoraussetzungen für Konzepte der non-formalen Bildung sind eine gute Planung sowie die (selbstkritische) Überprüfung der Ergebnisse.

Auch die Möglichkeiten der Zertifizierung non-formaler Bildung sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dieser Aspekt wurde im Hinblick auf eine stärkere soziale Anerkennung dieser Bildungsaspekte als sehr wichtig hervorgehoben.

Die Zertifizierung erhöht aber auch die Kompatibilität von non-formaler und formaler Bildung, indem die erworbenen Kenntnisse beim Einstieg in den Beruf anerkannt damit für die Jugendlichen verwertbar werden.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für alle – aber insbesondere auch benachteiligte – Jugendliche der wichtigste Punkt. Denn dabei geht es um ihre Zukunft und um die Zukunft der europäischen Gesellschaften. Anhand der vorgestellten verschiedenen kommunalen Strategien hat sich gezeigt, dass vor Ort unterschiedliche erfolgreiche Möglichkeiten gefunden wurden, die soziale Integration von Jugendlichen zu erreichen, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen sind.

Die zentrale Botschaft aus dem Panel IV lautet:

Jugendliche müssen als Wert und als Chance und nicht als Problem oder Belastung gesehen werden, damit sie sich als wichtige Mitglieder der Gesellschaft verstanden fühlen. Es geht darum, Jugendliche ernst und ihre Wirklichkeit wahr zu nehmen. Jugendliche brauchen Anleitung und Unterstützung, um ihre vorhandenen Potenziale zu erkennen, diese einzusetzen und bestätigt durch (non-formale) Bildungserfolge die nächsten Schritte hin zur beruflichen und sozialen Integration zu gehen.

So unterschiedlich die vorgestellten Projekte waren, hat sich doch gezeigt, dass es ähnliche Ansätze in den lokalen Strategien gibt. Diese Ansätze wurden auf der Grundlage sehr verschiedener Ausgangsbedingungen in den einzelnen Ländern entwickelt. Der Austausch auf dieser Konferenz ermöglicht es, die Gemeinsamkeiten der Ansätze herauszuarbeiten und so Standards zu identifizieren, die europaweit Geltung haben können. Deshalb sollte dieser Austausch weiter fortgesetzt werden.

Europäische Fachkonferenz 2006

Ergebnisse der Arbeitsgruppe V: Kommunalen Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit

Praxisbeispiele:

Lasse Siurala, Stadt Helsinki, Finnland

Terje Grytten, Else Marie Stuenæs, Oslo Youth Council, Norwegen

Prof. Dr. Helmut Willems, Luxemburg

MMag. Manfred Zentner, Österreich

Prof. Howard Williamson, Großbritannien

Kommentare:

Alexandra Raykova, Forum of European Roma Young People

Sunduss Al-Hassani, Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO)

Bettina Schwarzmayr, European Youth Forum

Margo Gorman, Combined European Bureau for Social Development (CEBSD)

William Lay, Confederation of Family Organisations in the European Community (COFACE)

Moderation:

Dr. Heike Förster, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Berichterstattung:

Andreas Hemme, Regiestelle E&C

Das Panel hatte die Aufgabe zu bearbeiten, wie ein kommunaler Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, lokaler Jugendpolitik und Jugendarbeit zu initiieren ist, das Verhältnis zwischen diesen drei Handlungsfeldern näher zu beleuchten und Empfehlungen für eine zukünftige Koordinierung dieser Aktivitäten zu erarbeiten. Ausgangspunkt war die Frage, wie die Erfahrungen und Erkenntnisse der jeweils anderen Akteure besser aufeinander bezogen und für die eigene Arbeit nutzbar gemacht werden können.

Fünf Beiträge aus Finnland, Norwegen, Luxemburg, Österreich und Großbritannien gingen sowohl vor wissenschaftlichem als auch stark praxisbezogenem Hintergrund auf die Möglichkeiten und Hindernisse eines Dialogs zwischen Jugendarbeit, kommunaler Jugendpolitik und Jugendforschung ein. Kommentiert und intensiv diskutiert wurden diese Beiträge von Vertreterinnen und Vertretern europäischer Jugendverbände und europäischer Netzwerke, die sich mit Fragen der sozialen Integration beschäftigen.

Zentrale Fragestellung waren: Wie gelingt uns der Brückenschlag zwischen den drei Handlungsfeldern? Wie können die Hindernisse für eine Kooperation zwischen Jugendforschung, lokaler Jugendpolitik und Jugendarbeit beschrieben werden?

Zum einen wurde auf die fehlende gemeinsame Sprache zwischen den Beteiligten aus der Jugendforschung und Jugendarbeit hingewiesen, die zu Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Akteuren führt. Obwohl im Panel auch auf gute Beispiele der Zusammenarbeit verwiesen wurde, schien diese fehlende

gemeinsame Sprache bzw. die mangelnden Bemühungen, die jeweils andere "Sprache" zu erlernen, das größte Hindernis für eine Verständigung zu sein.

Es wurde weiter festgestellt, dass Wissenschaft und Praxis unterschiedliche Medien zum Diskurs und Fachaustausch nutzen und sich nicht aufeinander beziehen. Die Zeitschriften der Wissenschaft werden nicht von der Praxis gelesen und die Zeitschriften, die praxisnah sind, werden wenig oder gar nicht zur Veröffentlichung durch die Jugendforscher selbst genutzt. Man bleibt weitgehend unter sich.

Die unterschiedliche Interessenslage der Akteure wurde als ein weiterer Grund genannt, der die Kooperation und den Dialog erschwert. So sind die Adressaten einer wissenschaftlichen Arbeit nicht in erster Linie Praktiker/innen, sondern selbst zumeist Vertreter/innen der Forschung. Gemeinsame Interessen als Ausgangspunkt für eine Zusammenarbeit zu definieren und Formen für einen kommunalen Forschungsdialog zu entwickeln, bleibt eine Herausforderung. So gibt es z. B. Unterschiede in der Gewichtung der Themen, denen sich kommunale Jugendarbeit und Jugendforschung zuwenden. Als Beispiele wurden wieder die Fachmagazine aus der Jugendarbeit genannt, die sich nur selten auf Themenstellungen aus forschungsorientierten Fachmagazinen beziehen.


Gleichzeitig wurde von den Referenten und Teilnehmern/-innen betont, dass es lokal bzw. regional positive und modellhafte Ansätze gibt, Jugendforschung mit Jugendarbeit und lokaler Jugendpolitik ins Gespräch zu bringen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. So wurde von den Vertreter/innen aus Oslo über Foren berichtet, die lokal entwickelt wurden, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit Ergebnisse der Jugendforschung näher zu bringen und in einen Diskurs darüber zu treten. Ein weiteres Beispiel für einen gelungenen Diskurs auf nationaler Ebene sind die Koordinationstreffen im Rahmen des deutschen Bundesmodellprogramms ‚Freiwilliges Soziales Trainingsjahr‘, auf denen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung präsentiert und mit den Jugendarbeitern/innen in den Modellprojekten diskutiert wurden. Dies seien allerdings vereinzelte Ansätze, systematisch würde dies als Strategie bislang kaum verfolgt. Die Forderung lautete hier, dass Jugendforschung ihre Ergebnisse besser und verständlicher zugänglich machen muss, als dies im Moment geschieht.

Auf nationaler Ebene bietet sich im europäischen Vergleich ein sehr unterschiedliches Bild: Während einige Länder wie Frankreich und Deutschland über landesweit agierende Institutionen der Jugendforschung verfügen, gibt es diese Koordinierung von Aktivitäten und den damit erleichterten Zugang zu Forschungswissen in den meisten europäischen Ländern in dieser Form nicht.


Darüber hinaus wurde diskutiert, ob die führende Rolle der kommunalen Jugendpolitik bei Entscheidungskreisläufen einen Dialog mit den Forscher/innen und den Akteuren der Jugendarbeit auf gleicher Augenhöhe erschwert. Daraus leitete sich die Forderung ab, möglichst alle Akteure von Beginn an in den kommunalen Forschungsdialog zu integrieren, um ein hohes Maß an Transparenz für alle Beteiligten zu schaffen.

Unter dem Stichwort der sozialen Koproduktion von Wissen wurden die positiven Auswirkungen aufgezeigt, die ein Zusammenbringen von Praxiserfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Beispiel für lokale Jugendpläne haben

können. Manfred Zentner aus Österreich erörterte an Beispielen aus den Kommunen Dornbirn und Schwechat, wie aus dem politischen Beschluss der Kommunen die Jugendarbeit zu verstärken, gemeinsam mit NGO's verschiedene Maßnahmen ergriffen wurden, die nach 5-jähriger Laufzeit durch die Forschung evaluiert wurden und daraufhin in einem gemeinsamen Prozess von Forschern, Jugendarbeitern und kommunaler Politik eine Anpassung des Maßnahmeplanes vorgenommen wurde. Es wurde in diesem Zusammenhang auf die Finanzknappheit der Kommunen verwiesen und als eine Lösung dieses Dilemmas der Vorschlag unterbreitet auch stärker als bisher Studentinnen und Studenten einzubeziehen, die ein sehr großes Interesse an Praxiswissen haben.

Prof. Dr. Helmut Willems von der Universität Luxemburg verwies auf die positiven Entwicklungen auf nationaler Ebene der letzten Jahre bei der Zusammenwirkung von Praxis, Forschung und Politik, die dazu geführt haben, dass die Anwendung von Handlungsansätzen wie „evidence based policy making“ mehr und mehr Normalität  den. Auch die Hierarchien unter den Wissensproduzenten aus Praxis, Wissenschaft und Kommunalpolitik haben eine Wandlung erfahren und werden heute stärker als gleichberechtigt wahrgenommen. Insbesondere Langzeitstudien wie der Jugend-Survey in Deutschland führen zu einer engeren und länger andauernden Zusammenarbeit und einer neuen Dialogstruktur zwischen den Akteuren. Als weiteres Beispiel aus Deutschland wurden die regelmäßigen „Kinder- und Jugendberichte“ der Bundesregierung genannt, die in enger Verzahnung mit der Wissenschaft erarbeitet werden.

Dieses Zusammenwirken von Praxis, Forschung und Politik auf nationaler Ebene findet auf kommunaler, lokaler Ebene unter erschwerten Bedingungen statt, die nur überwunden werden können, wenn von Seiten der lokalen Jugendpolitik und Jugendarbeit der Wille stärker formuliert wird, Ergebnisse und Erfahrungen aus der Jugendforschung entsprechend zu nutzen und in kommunale Strategien umzusetzen. Notwendig seien jugendpolitische Strategien, die längerfristig angelegt sind und keine kurzfristigen Programme oder Kampagnen, die nur unzureichende Wirkung erzielen können. Die kommunale Jugendhilfeplanung, bzw. auf lokaler Ebene die lokalen Aktionspläne, wie Sie in Deutschland im Rahmen der Bundesprogramme Soziale Stadt und E&C entwickelt wurden, bieten hier gute Anknüpfungspunkte.

Auf der anderen Seite wurde angemerkt, dass die Fachpraxis, die in den einzelnen Ländern durch unterschiedliche Vereinigungen und Verbände (die ihren eigenen Zielen, ggf. weltanschaulichen oder religiösen Vorstellungen verpflichtet sind) vertreten wird, ebenfalls den kommunalen  schungsdialog forcieren oder bremsen können.

Als ein weiteres Hindernis für bessere Zusammenarbeit wurde benannt, dass die Finanzierung und der Auftrag von Forschungsvorhaben oft nicht den Transfer in die Praxis beinhalten, so dass nicht selten trotz guter Kooperation Frustrationen entstehen.

Von der Seite der Wissenschaft wurde selbstkritisch angemerkt, dass die internen Diskussionen über den Stellenwert von Grundlagenforschung gegenüber der praxisorientierten Forschung („Wer zu praxisnah ist, ist verdächtig.“) die Dialogpartner „irritieren“ könnten.

Es wurde darauf verwiesen, dass die Evaluationforschung eine wichtige Rolle spielt und dass vor allem auf den Ebenen der lokalen Jugendforschung und der Jugendarbeit gemeinsam an Instrumenten und Mechanismen gearbeitet werden muss, um Ergebnisse messbar und vergleichbar zu machen. Letztlich müssen diese Instrumente der Evaluation von Jugendarbeit auf den unterschiedlichen Ebenen (zentral, regional, lokal) eingesetzt und finanziert werden. Prof. Williamson aus Großbritannien zeigte anhand seiner Ergebnisse aus Evaluationsprojekten auf, dass man argumentativ auch gegenüber den Policy-makern stärker werden kann, wenn bestimmte Präventionen nachweisbar kostengünstiger sind, als reaktive Reparaturmaßnahmen vor allem in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Von einigen Teilnehmer/innen des Panels wurde beispielhaft auch auf die jüngsten Jugendkrawalle in Frankreich verwiesen. Die Jugendforscher/innen erklärten sich an dieser Stelle auch bereit, sich einer intensiven Analyse darüber zu stellen, was Jugendforschung kostet und was sie leistet.

Von vielen Teilnehmer/innen des Panels wurde außerdem darauf hingewiesen, dass es nicht nur um die drei Akteure geht, sondern dass sich auch andere Akteure wie z.B. die Wirtschaft und die Jugend selbst an diesem Dialog beteiligen müssen. Dabei wurde deutlich, dass auch die unterschiedlichen Ebenen der Kooperation eine Rolle spielen: Was lokal funktioniert, klappt noch lange nicht auf nationaler oder internationaler Ebene oder umgekehrt. Als Beispiel wurde hier die Umsetzung des Weißbuch-Prozesses genannt, die national zwar vorangetrieben wird, aber auf der lokalen Ebene nur in Ausnahmefällen angekommen ist. Hier fehlt es an intermediären Vermittlungsebenen.

Fazit:

Insgesamt wurde im Panel V festgestellt, dass es trotz aller Hindernisse sehr gute Beispiele der Zusammenwirkung der drei Akteure auf nationaler Ebene und konkret vor Ort gibt. So wurde zum Beispiel bezogen auf die Integration und aktive Beteiligung von Jugendlichen in der Gemeinschaft auf ein Programm in zehn schwedischen Kommunen hingewiesen. Es ist notwendig, solche Beispiele öffentlich zu machen und so wurde vorgeschlagen, Beispiele guter Praxis zum Beispiel auf der Internetseite des Youth Knowledge Centre (<http://www.youth-partnership.net/INTEGRATION/EKC/Intro/>) zu veröffentlichen und/oder die jeweiligen nationalen Projektdatenbanken besser miteinander zu verlinken.

Eine Intensivierung der Kommunikation zwischen lokaler Jugendforschung, Kommunalpolitik und Akteuren lokaler Jugendarbeit (vor allem der der Nichtregierungsorganisationen) sei dringend geboten. Der kommunale Forschungsdialog sollte auch dazu führen, dass die kommunalen Akteure der Jugendarbeit und Jugendpolitik sich aktiv an der Formulierung von forschungsleitenden Fragestellungen beteiligen und so die Praxisrelevanz angewandter Forschung verbessern helfen.

In der gesamten Diskussion wurde deutlich, dass die Ebenen des Diskurses genau unterschieden werden müssen. Auf der lokalen Ebene geht es vordergründig um unterstützende Leistungen von Wissenschaft bei der Erarbeitung von

Maßnahmeplänen und Strategien für Jugendpolitik im kommunalen Kontext. In Ausnahmefällen werden auch kommunale Maßnahmen durch Forschung evaluiert. Jugendforschung als Grundlagenforschung existiert auf der kommunalen Ebene jedoch nicht. Dies ist das Feld, wo die nationale Jugendpolitik gefordert ist, den Ansatz des „evidence based policy making“ mit Leben zu erfüllen und Angebote zum kommunalen Forschungsdialog zu entwickeln.

Für Deutschland und andere Länder mit föderaler Struktur kommen weitere Zuständigkeitsebenen (in Deutschland die Länderebene) hinzu, die zusätzlich als Interventionsebene fungiert, aber auch Jugendforschung im regionalen Kontext forcieren kann.

Von Seiten der Jugendforschung muss kritisch angemerkt werden, dass die Community of Science (vor allem die der Universitäten) oft Distanz zur Praxis hält und an umsetzungsorientierter Forschung wenig interessiert scheint. In Deutschland wird die sogenannte Praxisforschung in großem Umfang von Fachhochschulen oder eigenständigen Instituten realisiert, die sich nicht selten dem Vorwurf der Theorielosigkeit ausgesetzt sehen, da sie sehr nah an und in Bezug auf die Jugendhilfepraxis agieren. Auch aus Österreich und Luxemburg wurden diese Tendenzen bestätigt. Für die Politikberatung oder –unterstützung sind jedoch beide Richtungen (Grundlagen- und Praxisforschung) notwendig.

Auf der kommunalen Akteursebene wird auf der anderen Seite oft die Relevanz wissenschaftlicher Unterstützung nicht ausreichend berücksichtigt bzw. aufgrund finanzieller Situation gänzlich darauf verzichtet oder nicht wahrgenommen. Hier können die positiven Beispiele aus Österreich und Schweden sicher dazu beitragen, den Nutzen wissenschaftlicher Begleitung oder Evaluation zu verdeutlichen und deren Stellenwert auch im kommunalen Kontext zu erhöhen.

Als wesentlich für den Erfolg einer solchen Kooperation zwischen den drei sehr unterschiedlichen Akteuren wurde herausgestellt, dass möglichst im Vorfeld von Maßnahmen und Projekten bzw. bereits in der Planungsphase alle drei Akteursgruppen einbezogen werden müssen, so dass wechselseitig voneinander profitiert werden kann, die Rollen und die Aufgaben jedes Einzelnen in diesem Prozess geklärt sind und mögliche Interessenkonflikte bearbeitet werden können.